

Panorama

"Wir verfrühstücken gerade unsere Errungenschaften"

Krise, welche Krise? Die Bundesregierung will vom einbrechenden Wirtschaftswachstum wenig wissen. Doch bei "Maybrit Illner" reden Ökonomen Klartext. Und sagen, was auf die Deutschen bald zukommt.

Von Christian Düringer



Foto: ZDF/Screenshot Hans-Werner Sinn: Er warnt vor einer Wirtschaftskrise

Die Turbulenzen an den Kapitalmärkten in den vergangenen Tagen schüren die Angst vor einem Wiederaufflammen der Finanzkrise. Der noch im Sommer gefeierte Wirtschaftsboom in Deutschland scheint ausgebremst, Konjunkturprognosen werden von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) für 2015 von 2,0 Prozent auf 1,2 Prozent nach unten korrigiert.

Erste Forderungen der Wirtschaft, die von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) angestrebte "schwarze Null", also einen ausgeglichenen Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung, für kommendes Jahr zu realisieren, aufzuweichen, um Investitionen voranzutreiben, lehnt die Bundesregierung vorerst strikt ab. Zu Recht?

Darüber diskutierten die Gäste von Maybrit Illner. Und die Runde demonstrierte zunächst eine etwas überraschende Einigkeit in der Frage, wie drastisch die Gefahren des Abschwungs einzuschätzen sind.

Von einer drohenden Rezession wollte der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder (CDU) nichts wissen. Die Bundesregierung spreche nicht einmal von einer Konjunkturdelle. "Ich bin erstaunt, dass überhaupt Begriffe wie 2009 fallen. Damals hätten wir uns über dieses Wachstum gefreut." BDI-Präsident Ulrich Grillo pflichtete Kauder bei, das Wirtschaftswachstum ginge zurück, aber ein Grund zur Panik sei das nicht.

Das sagten die Gäste 1/5

Volker Kauder,

CDU, Unionsfraktionsvorsitzender im Bundestag:

"Wir müssen besonnen handeln und das Ziel des ausgeglichenen Haushalts nicht aus den Augen verlieren."

Katja Kipping,

Linkspartei, Parteivorsitzende:

"Soziale Leistungen, Bildung und öffentliche Investitionen erfolgen in völlig ungenügender Weise. Zur Überwindung dieser Misere brauchen wir höhere Steuern und eine höhere Verschuldung."

Ulrich Grillo,

Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI):

"Es gibt für mich keinen Grund in Panik zu verfallen. Wir brauchen jetzt aber ein Zukunftskonzept."

Susanne Schmidt,

Volkswirtin, Finanzjournalistin sowie ehemalige Bankerin und Analystin:

"Wir sollten keine Konjunkturprogramme wie 2009 auflegen. Wir brauchen langfristige Investitionen beispielsweise in Bildung."

Hans-Werner Sinn,

Präsident des Münchner Instituts für Wirtschaftsforschung:

"Die schwarze Null wird uns die Bonität der Ratingagenturen sichern und damit niedrige Zinsen, zu denen man sich verschulden kann. Daran müssen wir unbedingt festhalten."

Die Finanzjournalistin und Ökonomin Susanne Schmidt geriet sogar kurzzeitig ins Schwärmen und lobte die gute Entwicklung in den südeuropäischen Krisenländern. Die Beschäftigungslage in Deutschland sei doch "relativ hervorragend". Sie machte hingegen auf die geopolitischen Krisenherde aufmerksam, die die realwirtschaftliche Nachfrage global zurückgehen ließe. Eine exportlastige Wirtschaft wie die deutsche sei da eben besonders anfällig.

Hans-Werner Sinn warnte davor, dass man Gefahr laufe, die Errungenschaften der Vergangenheit zu verfrühstücken. Die Rente mit 63 und der Mindestlohn hielten Investitionen zurück: "Wir können uns nicht alles erlauben und müssen zunächst daran arbeiten, die Wirtschaft intakt zu halten", so der Präsident des Münchner Instituts für Wirtschaftsforschung.

Ausgerechnet den Mindestlohn gegen die Zukunftssicherung der Wirtschaft auszuspielen, hielt Katja Kipping (Linke), die an diesem Abend die einsame Opposition in der Runde stellte und dabei auf etwas verlorenem Posten agierte, standesgemäß für völlig daneben. Das Gegenteil sei der Fall, argumentierte die Parteivorsitzende der Linken.

Der Mindestlohn könne ein Konjunkturprogramm sein, weil die Menschen mehr Geld zum Ausgeben hätten. Auch eine Mindestrente oder ökologisch vertretbare Abwrackprämien für Strom fressende Haushaltsgeräte könnten die Wirtschaft ankurbeln.

Erst investieren, dann konsumieren?

Grillo ertrappte sich daraufhin fast dabei, Kipping zustimmen zu müssen. Aber eben nur fast. Man müsse die Konjunktur zwar ankurbeln, ja, aber keinesfalls mit konsumtiven, sondern mit investiven Ausgaben: "Ich muss erst erwirtschaften und dann kann ich verteilen."

Bei der Ursachenforschung für die Krise versuchte Kauder die Politik der großen Koalition immer wieder aus der Schusslinie zu nehmen. Die habe das Abflauen der Wirtschaft nun wirklich nicht zu verantworten, verteidigte er.

Der Mindestlohn sei schließlich noch gar nicht in Kraft getreten, und die Mütterrente laufe erst seit wenigen Monaten. Auch Kauder verwies auf die geopolitische Situation, vor allem auf die Ukraine-Krise und die damit einhergehenden Rückkopplungen der Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Das Ende dieser unschönen Konsequenzen läge in der Hand von Wladimir Putin.

Das konnte Kipping so nicht stehen lassen. Sie bezeichnete die Sanktionen als "Handelskrieg" und forderte dessen sofortiges Ende. Mühsam aufgebaute Geschäftsbeziehungen ostdeutscher Firmen litten immens darunter. Die Linke-Politikerin war schließlich auch neben Schmidt diejenige in der Runde, die offen auf eine Neuverschuldung pochte, um Investitionen etwa in das Gemeinwesen zu fördern.

Die "schwarze Null" steht

Damit stieß sie auf breiten Widerstand, nicht nur von Kauder, der mehrmals bekräftigte, dass die Bundesregierung, trotz vereinzelter kritischer Stimmen aus den eigenen Reihen, an ihrer "schwarzen Null" festhalten wolle.

Auch ohne Neuverschuldung würde noch nie so viel in Bildung investiert werden wie jetzt, sagte der Unionspolitiker, und Sinn sprang ihm bei: "Das ist ein Prestigeprojekt. Dass wir uns als Land mit hoher Bonität präsentieren, während die Welt im Schuldensumpf versinkt, wird sich auszahlen, denn das strahlt auch positiv auf Unternehmen ab."

Gerade angesichts der Babyboomer-Generation, die gerade auf das Rentenalter zusteuert, hielt es Sinn perspektivisch für unverantwortlich, für die Zukunft weitere Schulden anzuhäufen. Das sah Grillo ähnlich: "Wir dürfen zukünftige Generationen nicht mit weiteren Schulden belasten. Ich bin ganz klar für die ‚schwarze Null!‘."

Er plädierte hingegen für andere Finanzierungsmöglichkeiten, um dennoch Investitionen tätigen zu können wie etwa eine Umschichtung im Bundeshaushalt oder den Verkauf von Bundesvermögen.

Dass man die niedrigen Zinsen für Investitionen nutzen müsse, fand hingegen Schmidt, die die "schwarze Null" für einen Fetisch hielt, der für Schäuble zum Greifen nah sei. Sie sei zum Symbol einer verantwortungsvollen Regierungspolitik geworden: "Ich hätte aber lieber eine Bundeswehr, deren Flugzeuge richtig fliegen können."

Kritik anderer europäischer Staaten an den Sparplänen der Bundesregierung hielt Grillo für unangebracht. "Wir Deutschen sind ja gut, aber hier werden wir überschätzt. Wir können Strukturprobleme anderer europäischer Länder nicht lösen, indem wir mehr Schulden aufnehmen."

Für die deutsche Wirtschaft stellte er eine sportliche Anforderung: "Gestern waren wir Weltmeister und heute haben wir Probleme mit der EM-Qualifikation. Wir müssen was tun."